

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingeladene ob. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr. Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 127.

Dienstag, den 29. Oktober 1929.

64. Jahrg.

Wahl-Sonntag in der Tschechoslowakei.

Am Sonntag, 27. Oktober, fanden in der Tschechoslowakei Neuwahlen in das Abgeordnetenhaus und den Senat statt. Die Ursache der Parlamentsauflösung im vergangenen Monat waren innere Schwierigkeiten der bürgerlichen Koalition, namentlich zwischen den zwei härtesten tschechischen Parteien, den Agrariern und der Klerikalen Tschechischen Volkspartei, und der Tula-Prozess, der nach der Verurteilung Tulas zu 15 Jahren Kerker folgerichtig zum Austritt der Slowakischen Volkspartei aus der Regierung führten mußte.

Bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1925 kandidierten 31 Parteien, diesmal nur 19, was, wie Beneš in seinen Wahlreden erklärte, immer noch viel zu viel für ein Land mit kaum 14 Millionen Einwohnern ist.

Die Wahlen sind nach bisher vorliegenden Meldungen ruhig verlaufen. Von großen Kundgebungen war weder in Prag noch in der Provinz etwas zu merken. Soweit sich in judetendischen Gebieten bisher feststellen ließ, haben die Kommunisten zugunsten der Sozialdemokraten verloren, die wahrscheinlich mit einem Gewinn abschließen werden. Das Bündnis der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Deutsche Demokraten und Gruppe Dr. Koošče) mit dem Bund der Landwirte hat sich nicht bewährt. Diese Wahlgruppe erzielte fast nirgends so viele Stimmen wie bei den Landtagswahlen 1928. Besonders groß ist das Abweichen der bürgerlichen Stimmen in das Lager der Deutschen Nationalpartei und der deutschen Nationalsozialisten. Die Deutsche Nationalpartei hat infolgedessen gegenüber den Landtagswahlen im vergangenen Jahre einigermaßen aufgeholt. Die Erfolge der Nationalsozialisten sind sehr bedeutend. Die Wahlgemeinschaft der deutschen Christlich-Sozialen und der deutschen Gewerkschaften hat gegenüber den Landtagswahlen ebenfalls einige Erfolge zu verzeichnen. Im ganzen ergeben die Wahlen in den judetendischen Gebieten deutlich einen

starken Rud nach Links.

Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die sozialistischen Parteien allein eine Regierung bilden können. Als die am meisten wahrscheinliche Kombination gilt die rot-grüne Koalition. Wie die Dinge liegen, werden die deutschen Parteien auf jeden Fall in der Regierung vertreten sein.

Am Montag hat das Kabinett Udrzal seinen Rücktritt infolge der Parlamentswahlen erklärt.

Die Wahlen in Baden.

Am Sonntag fanden in Baden Landtagswahlen statt, die ruhig verlaufen sind. Bei den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, der Wirtschaftspartei und den Kommunisten sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Stark verloren haben die Deutschen Nationalen, gewonnen die Nationalsozialisten und das Zentrum. Bei der Wahl wurde ein neues Wahlsystem angewendet, nach dem 88 Abgeordnete gegen 72 bisher zu wählen waren. Die Sitze verteilen sich wie folgt: Zentrum 34 (bisher 28), Sozialdemokraten 18 (bisher 16), Deutschnationalen 3 (bisher 9), Deutsche Volkspartei 7 (bisher 7), Demokraten 6 (bisher 6), Wirtschaftspartei 3 (bisher 2), Evangelischer Volksdienst 3 (bisher 0), Badischer Bauernbund 3 (bisher 0), Nationalsozialisten 6 (bisher 0), Kommunisten 5 (bisher 3), Linkskommunisten, Aufwertungspartei und Christlich-Soziale 0 (bisher Linkskommunisten 1).

Unterzeichnung des Zündholzvertrages.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist der Vertrag zwischen dem Reich und dem schwedischen Zündholzkonzern am 26. Oktober im Reichsfinanzministerium endgültig gezeichnet worden. Über den Inhalt des Vertrages und die geplante Neuordnung der Zündholzwirtschaft wird nunmehr u. a. folgendes mitgeteilt:

Die Organisation der Monopolgesellschaft entspreche

der einer Aktiengesellschaft, deren Aktien je zur Hälfte der schwedischen und der deutschen Gruppe zuzutenden. Das beherrschende Organ, der Aufsichtsrat, bestehe aus 11 Mitgliedern, von denen je fünf auf Vorschlag der deutschen und der schwedischen Seite gestellt werden sollen, während der Vorsitzende, der Reichsdeutscher sein muß, vom Aufsichtsrat gewählt wird. Auch die Vorstandsmitglieder müssen Reichsdeutsche sein. Das Monopol soll dem Reich zustehen und der Monopolgesellschaft nur zur Ausübung übertragen werden.

Die Preise der Zündwaren werden grundsätzlich im Gesetz festgelegt. Der Kleinverkaufspreis beträgt 0,30 M. für das Paket mit zehn Schachteln. Das Monopol wird also eine, wenn auch geringfügige Erhöhung des bisherigen Preises der Zündhölzer bringen. Nach Ablauf von vier Jahren soll die Bemessung der Preise der Bekämpfung des Reiches unterliegen.

Wird die Zündholzwirtschaft in der oben umschriebenen Weise vom Reichstag beschlossen, so ist der schwedische Konzern verpflichtet, eine Anleihe des Reiches in Höhe von 125 Millionen nordamerikanischen Dollars zu übernehmen, die in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll, und zwar der erste 7 Monate und der zweite 16 Monate nach der Verkündung des Monopolgesetzes. Der Auszahlungskurs beträgt 93 v. H. und die Verzinsung jährlich 6 v. H. Die Anleihe soll 50 Jahre laufen, nach zehn Jahren konvertierbar sein und vom gleichen Zeitpunkt amortisiert werden.

Diese Anleihebedingungen sind davon abhängig gemacht worden, daß der Schwedenzkonzern an den Gewinn der Monopolgesellschaft beteiligt wird. Das Reich behält aus dem Monopolgewinn zunächst auf jede Riste Zündhölzer (10 000 Pakete) 13 M. vorweg. Der Rest wird je zur Hälfte geteilt.

Demonstrationen der Rot-Front-Kämpfer.

Zusammenstöße in Dresden und Leipzig.

In Dresden kam es am Sonntag zu großen kommunistischen Demonstrationen gegen das Verbot des Rot-Front-Kämpfer-Bundes. In drei Teilzügen zogen die Demonstranten nach der Weißeritzstraße, wo der Gesamtzug steile und wo sich dann schließlich gegen 14 Uhr etwa 2000 Menschen angesammelt hatten. Als die Teilzüge, deren Marschweg ebenso wie der des Gesamtzuges dem Polizeipräsidium von der SPD ordnungsgemäß angezeigt war, den Hauptplatz erreicht hatten, marschierte noch von der Friedrichstraße her ein weiterer geschlossener Zug in Stärke von etwa 400 Mann heran, der ausschließlich aus Leuten in der Uniform des verbotenen Rot-Front-Kämpferbundes bestand. Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums, die dort Dienst taten, wurde u. a., was für die Stimmung der Demonstranten bezeichnend ist, aus diesem Zuge laut zugerufen: „Ihr Spitzel, ihr werdet heute noch gefängt!“ Als die Rotfrontkämpfer die Weißeritzstraße erreicht und haltgemacht hatten, bestieg der kommunistische Landtagsabgeordnete Siedemann, der diesen Zug führte, einen erhöhten Standplatz und hielt eine Ansprache an die Rotfrontkämpfer. Dann setzte sich der etwa 1800 Personen zählende Zug in Bewegung, darunter 400 uniformierte Rot-Front-Kämpfer. Die Polizei schritt nun ein, da es sich um eine offensichtliche Auslieferung handelte, und riegelte das letzte Drittel des Demonstrationenzuges mit starken Polizeikräften ab, wobei auch vom Polizeipräsidium berittene Polizei eingesetzt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit, bei der es zu erheblichen Widerständigkeits und Angriffen von Demonstranten auf die einschreitenden Polizeibeamten gekommen ist, wurden etwa 45 Leute in Rotfrontkämpferuniform festgenommen und auf Lastkraftwagen dem Polizeipräsidium zugeführt.

In Leipzig wurde in Lindenau eine kommunistische Kundgebung, die sich gegen das Verbot des Rotfrontkämpferbundes richtete, durch die Polizei aufgelöst, weil aus der Mitte der Demonstranten heraus Ruhestörungen versucht wurden. Es sind aus der Kundgebung heraus auch zwei Schüsse abgegeben worden, die jedoch niemand verletzte. Außerdem mußte die Polizei die Tatsache feststellen, daß eine ganze Anzahl von auswärtigen, namentlich Berliner Kommunisten nach Leipzig gekommen war, um bei dieser Kundgebung anscheinend als Unruhefächer aufzutreten. Die Leipziger Polizei, die in einem sehr

großen Aufgebot eingesetzt werden mußte, hat gegen 50 Personen festgenommen. Die Teilnehmer an der Kundgebung tragen größtenteils die Rotfrontkämpferuniform, allerdings ohne Abzeichen. Die Polizei ist noch damit beschäftigt, die Angelegenheit restlos klarzustellen. Nach polizeilichen Feststellungen sind aus Berlin 350 Kommunisten zugereist.

Börsenpanik in New York.

Spekulanten in Verzweiflung.

An der New Yorker Effektenbörse trat nach den Notizen der Überspekulation ein neuer empfindlicher Rückschlag ein. Die Verkaufsaufträge aus dem Inland und aus Übersee erreichten einen Umfang, der kaum zu bewältigen war. Die Makler verloren teilweise den Kopf. Die Verzweiflungstimmung wuchs von Minute zu Minute, so daß jeder Widerstand vergeblich war. Fast in jeder Minute wurden Hunderte von Millionen verloren. Rund 6 Millionen Stück Aktien wurden umgelegt! Bei einigen Werten betrug die Verluste bis zu 200 Mark für die Aktie. Der Börsenschluß brachte einen wilden Taumel. Die Bankpräsidenten hatten Hals über Kopf — einer sogar ohne Hut und Mantel — Morgen aufgeschickt, um ein Eingreifen zu veranlassen. Als bekannt wurde, daß die Banken konterierten, trat eine vorübergehende Erholung ein.

Die Zeitungen widmen dem Börsenkrach den größten Teil ihres Raumes. Durchweg wird darauf hingewiesen, daß seit dem Oktober 1907 ein ähnlicher schwarzer Tag an der Börse in New York nicht mehr zu verzeichnen war. Gegenüber den letzten Kurseinbrüchen seien selbst die Ereignisse an der Börse zu Beginn des Weltkrieges belanglos. Man schätzt, daß etwa 50 000 kleine Spekulanten ruiniert sind. Die Gesamtverluste sollen rein rechnerisch viele Milliarden Mark betragen. Wie hoch die tatsächlichen Verluste sind, ist noch zu ungenau.

An den europäischen Börsen hat man die Meldungen über die Katastrophe in New York mit Ruhe aufgenommen. Mit dem Zusammenbruch des amerikanischen Kursgebäudes war seit Wochen zu rechnen. Bekannt ist auch, daß die amerikanischen Banken heftig — aber erfolglos — gegen die Überspekulation angeknüpft haben. Die Frage ist nun, welche Rückwirkungen die Katastrophe auf die Weltbörsen ausüben wird. Es ist kein Zweifel, daß die Spekulation in Amerika jetzt zu erheblichen Rückschlägen und im Zusammenhang damit zu erheblichen Renditen genötigt ist. Auch in Europa sind Effektenverluste zu erwarten. Deutschland dürfte davon jedoch nur wenig betroffen werden, weil die deutschen Effekten gegenwärtig einen sehr niedrigen Stand erreicht haben und daher kaum zu Verkäufen anzuregen werden. Auf lange Sicht betrachtet, dürfte der Börsenkrach in New York zur finanziellen Gesundung erheblich beitragen.

Die Buchhalter in Wallstreet hatten die ganze Nacht hindurch zu tun, um die Auftragsbücher mit den Rekordlägen in Ordnung zu bringen. Man schätzt, daß etwa 50 000 Angestellte zu dem Ausgleich der Rechnungen herangezogen werden mußten. Die langen Fensterreihen der Wolkenkratzer in New York waren die ganze Nacht hindurch erhellt.

Amstman.

Fürst Bülow gestorben. Der Altreichskanzler Fürst Bülow ist am Montag früh 7 Uhr in Rom, wo er die letzten Jahre lebte, verschieden.

Die Nachfolge Stresemanns. Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ läßt sich über die beabsichtigte Umbildung des Reichskabinetts melden, daß Dr. Curtius alsbald endgültig das Außenministerium, der Verkehrsminister Stegerwald das Wirtschaftsministerium, der Justizminister v. Guérard das Verkehrsministerium und ein Volksparteiler das Justizministerium übernehmen sollen. Von Berliner zuständiger Seite wird diese Meldung als zutreffend bezeichnet.

Daladier bildet eine Linkregierung. Der Führer der Radikalen Partei Daladier ist bekanntlich vom Präsidenten der Republik mit der Neubildung der französischen Regierung beauftragt worden. Die Partei der französischen Radikalsozialisten ist eine bürgerliche, demokratische

en frei!

cht mehr.
wurde un-
germutter,
schwägerin

Hesse

ndig
rundig.

den 28. Ok-

zu unserer
nd erfreuten,

d Frau
sch.

ortrag!
hof Bärenstein

Gefahren.
ch?

rd hierzu herzlich
it“, Geising.

R

te.

p
erg

re.)
-5.

bern

genommen.
htsgefängnis
ustein.